

# Arbeiter-Zeitung

Zentralorgan der Sozialistischen Partei Österreichs

Einzelpreis 150 Schilling

Im Wochenabonnement 6.50

Im Monatsabonnement 27.— auch per Post

Redaktion u. Verwaltung: Wien 5, Rechte Wienzeile Nr. 97, Tel. 43-06-21  
Anzeigenannahme Wien 5, Rechte Wienzeile Nr. 93

Nummer 125

Wien, Sonntag, 1. Juni 1958

Gegründet 1889

## Sonntag: Einsetzung der Regierung de Gaulle

Ein „Überkabinet“ der Parteiführer — Die Sozialisten geben die Abstimmung frei

Paris. Der Präsident der Republik, Coty, hat Samstag vormittag offiziell die Demission der Regierung Pflimlin angenommen. Pflimlin gab beim Verlassen des Elysee-Palastes bekannt, de Gaulle werde noch Samstag abend seine Ministerliste bekanntgeben und die Nationalversammlung werde Sonntag um 15 Uhr zur Investitur zusammentreten.  
In der Regierung de Gaulles werden vier Parlamentarier ein sogenanntes „Überkabinet“ (eine Art Exekutivrat) bilden, und zwar Pinay (Konservativ), Pflimlin (MRP), Mollet (Sozialist) und der afrikanische Neger Houphouët-Boigny (Afrikanisch-Demokratische Sammlung). Außenminister werde voraussichtlich Joxe (der Generalsekretär des Außenministeriums) und Wirtschaftsminister der ständige Vorsitzende des Planungsrates, Hirsch, werden.

### Konferenz de Gaulles mit den Parteiführern

Samstag vormittag hielt de Gaulle eine Besprechung mit den Führern und Vertretern aller im Parlament vertretenen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten ab.

Die Unterredung dauerte eine Stunde und zehn Minuten. Nach einem Vortrag des Generals befragten Teilgen (MRP) und Pinay den General über seine Stellungnahme zur Atlantikpaktorganisation (NATO) und den „Europaverträgen“. De Gaulle soll erklärt haben, daß er die übernommenen Verpflichtungen respektieren werde.

### Was de Gaulle verspricht

Auf eine Frage bezüglich der Wohlfahrtsausschüsse in Algerien habe de Gaulle erklärt, daß die Regierung kraft ihrer Stellung den Gehorsam aller erwarten müsse. Ferner soll General de Gaulle die baldige Aufhebung der Ausnahmezustände in Aussicht gestellt haben. Er habe sich auch verpflichtet, daß die demokratischen Freiheiten aufrecht erhalten bleiben.

Bezüglich der Französischen Union sei de Gaulle nach wie vor Befürworter eines föderativen Systems.

Bezüglich des algerischen Problems habe de Gaulle nichts darüber gesagt, wie er sich eine Lösung vorstelle. Er soll erklärt haben, er ziehe es vor, zu handeln, anstatt zu sprechen.

Gerade weil verschiedene Projekte in der Vergangenheit in aller Öffentlichkeit bis in die kleinsten Einzelheiten erörtert worden seien, habe man sie nicht verwirklichen können.

### Neue Beratungen der Sozialisten

Die sozialistische Parlamentsfraktion und der Parteivorstand traten Samstag vormittag neuerlich zu einer Beratung zusammen. Den Vorsitz führte der frühere Staatspräsident

### Die Sozialisten beschließen: Kein Fraktionszwang

Die Führungskörperschaften der Sozialistischen Partei Frankreichs beschlossen bei der wiederaufgenommenen Besprechung ihrer Abgeordneten in der Nationalversammlung die Entscheidung über die Einsetzung General de Gaulles freizustellen. Ebenso steht es den Mitgliedern der Sozialistischen Partei frei, sich an einer Regierung de Gaulle zu beteiligen.

77 zu 74

Der Beschluß wurde in einer Sitzung der sozialistischen Abgeordneten der Nationalversammlung und des Rates der Republik, die gemeinsam mit dem Parteivorstand tagten, gefaßt. 77 Stimmen wurden für den Beschluß und 74 gegen ihn abgegeben.

In einer gleichzeitig abgehaltenen Sitzung der radikalen Abgeordneten sprachen sich zwei Drittel der Abgeordneten für die Unterstützung de Gaulles, der Rest gegen seine Einsetzung aus.

### Rücktrittsangebot Mollets?

Nach der Sitzung der Sozialisten wurde von Teilnehmern erzählt, daß der Generalsekretär der Partei, Guy Mollet, seinen Rücktritt angeboten habe, weil die Mehrheit der Abgeordneten gegen ihn gestimmt habe.

Man glaubt aber, daß es sich bei dieser Abstimmung nicht um die Frage „Für oder gegen de Gaulle“ gehandelt hat, sondern um die Frage, ob Fraktionszwang angewendet oder die Abstimmung freigegeben werden sollte. Mollet dürfte für eine einheitliche Stellungnahme der Fraktion gewesen sein; die Mehrheit entschied für die Freigabe der Abstimmung.

### „Die Krise ist zu Ende“

Am Spätnachmittag, nachdem auch von der Christlich-Demokratischen Partei MRP, und

Auriol. Nach einiger Zeit wurde die Beratung unterbrochen, um den Bericht Mollets und Ramadieres abzuwarten, die an der Parteiführerkonferenz mit de Gaulle teilnahmen.

Wie verlautet, waren bei der sozialistischen Beratung sieben bis achtzig sozialistische Abgeordnete bereit, für de Gaulle zu stimmen, wodurch der General mehr als vierhundert Stimmen erhalten könnte, wie er dies gefordert hat.

von den Radikalen für de Gaulle günstige Entscheidungen getroffen worden waren, begab de Gaulle sich in den Elyseeplatz zum Staatspräsidenten Coty. Als er den Palast verließ, sagte Coty zu den Pressevertretern: „Die Krise ist zu Ende.“

Vom Büro Cotys wurde kurz darauf bekanntgegeben, daß General de Gaulle sich zur Einsetzung als neuer Ministerpräsident der Nationalversammlung stellen werde.

### Schlägereien in Paris und Bordeaux

In Paris kam es Freitag abend zu Schlägereien zwischen Anhängern de Gaulles und kommunistischen Gegenemonstranten. Dabei wurde nach Polizeiberichten eine Anzahl von Personen verletzt, unter ihnen einige Polizisten und ein kleines Kind. Etwa sieben Personen sollen festgenommen worden sein. Samstag vormittag kam es in Bordeaux zu Zusammenstößen zwischen Gaullisten und Kommunisten, wobei zwei Personen leicht verletzt wurden.

### Ein Korrespondent des „Daily Herald“ ausgewiesen

Der britische sozialistische Journalist und frühere Parlamentsabgeordnete Michael Foot, der als Korrespondent des Arbeiterpartei-Blattes „Daily Herald“ in Paris weilte, wurde wegen Beleidigung des französischen Staatspräsidenten Coty aus Frankreich ausgewiesen. Er hatte in einem Artikel geschrieben: „Coty bedeutet nicht viel. Er ist die große Null der Vierten Republik. Alles, wozu er die Macht hat, ist, das fadenscheinige Mäntelchen der Legalität zu verliehen, und diesen armseligen Segen hat er der blutigen Illegalität umgehängt. Alle Wohlgerüche des Orientsvorgängens den Namen Coty nicht zu verstüßen.“

## De Gaulle und die Folgen

Die Entscheidung in Frankreich ist gefallen. Nach zwei Wochen, in denen es der Welt den Atem verschlug, in denen man kaum Zeit hatte, von Tag zu Tag die dramatische Steigerung der Ereignisse zu registrieren und keine Stunde Zeit fand, darüber nachzudenken, ist nun der Augenblick da, sich die Frage vorzulegen: General de Gaulle wird Frankreichs Regierungschef — was nun?

Unser Pariser Korrespondent hat gestern berichtet, daß diese Lösung einer unerträglich gewordenen Spannung vom französischen Volk mit einem Gefühl der Erleichterung aufgenommen wurde. Es hat den Anschein, schrieb er, daß Frankreich diese Krise, eine der schwersten in seiner Geschichte, ohne Blutvergießen beenden wird. In wenigen Tagen, wenn die Vierte Republik endgültig abgedankt haben wird, kann die Frage gestellt werden, wie ein demokratisches Regime in vierzehn Jahren so weit gekommen ist, daß es heute sein Schicksal in die Hände eines Generals legen muß.

Der Satz weckt eine Erinnerung. Ein alter General als Retter des Landes, von den Sozialdemokraten widerwillig akzeptiert, um den Bürgerkrieg zu vermeiden — ja, das war das Schicksal der Weimarer Republik und der Anfang von ihrem Ende. Ja, General de Gaulle ist kein Hitler; er gleicht historisch dem General v. Hindenburg. Es ist noch nicht der Faschismus, aber...

Setzen wir ehrlich auf die eine Seite alle Vorteile, die diese Lösung für Frankreich bringt. Da ist das ungeheure Plus, daß der drohende Bürgerkrieg verhütet wird: Die Arbeiter und die „Fallschirmjäger“, die reaktionären „Frontkämpfer“, die extrem-nationalistischen Soldatenbünde und die mit ihnen verbündeten Militärs werden zunächst nicht zusammenstoßen. Ob dies freilich von Dauer sein wird, ob das Blutvergießen und das KZ nicht erst in einiger Zeit nachgeholt werden, wenn die Reaktionen immer mächtiger und die Verteidiger der Republik schwächer geworden sein werden — das kann man nicht wissen. Man kann das Gegenteil nur hoffen. Generale an der Spitze der Republik sind keine Garanten der Demokratie.

Die Lösung verhindert aber zunächst, daß Frankreichs ohnehin verminderte staatliche Macht sich vollends auflöst, aufreißt, aus der Weltpolitik verschwindet. De Gaulle hat sich vorgenommen, im Innern das französische Regime mit Hilfe einer Verfassungsänderung, über die das Volk abstimmen soll, so zu reformieren, daß es — in den Formen einer autoritären Präsidentendemokratie — arbeitsfähig, regierungsfähig wird. Und er will die Französische Union, das heißt die Reste des französischen Weltreiches, umwandeln, wobei er insbesondere an eine föderalistische Lösung in Nordafrika — Frankreich, Algerien, Tunesien und Marokko — denkt. Das ist ein großer und kühner Plan — aber wird ihn der General durchführen können? Werden die algerischen Nationalisten aufhören, mit allen Mitteln für die Unabhängigkeit ihres Landes zu kämpfen? Und werden daraufhin die Fallschirmjäger aufhören, Algerien und Franzosen zu foltern und zu mordern?

Es war der Kolonialkrieg in Algerien, die ganze verhängnisvolle Politik der letzten Jahre, die zu der Rebellion der Generale und damit zu de Gaulle geführt hat. Wird der General als Staatsoberhaupt imstande sein, dieser Politik ein Ende zu machen, die Fallschirmjäger und ihre Kommandanten zu zähmen? Sonst bleibt sein Projekt des Umbaus des französischen Reiches eine Illusion.

Und wie wird Frankreichs Politik unter de Gaulle auf seine Stellung in der Welt wirken? Man nimmt an, daß Frankreich unter de Gaulle die westliche Verteidigungsgemeinschaft, also die Atlantikpaktorganisation, nicht verlassen wird; aber man weiß, daß de Gaulle kein Freund der westlichen noch auch einer europäischen Bindung ist, die Frankreichs nationale

## Frühlingsernte nach Not und harter Arbeit:

### Wien teilt seinen Reichtum mit der Welt

Der Bundespräsident eröffnete vor dem Rathaus die Wiener Festwochen 1958

Mit einem Sprühregen von Musik und Licht mit dem hellen Gesang von Kinderstimmen und dem hallenden Glockenschlag des neuen Turmspiels begannen Samstag abend vor dem strahlenüberfluteten Rathaus die Wiener Festwochen 1958. Sie sind das Fest der Lebensfreude einer leidgeprüften Stadt, deren Bürger, wie Bundespräsident Dr. Schürf, bei der Eröffnung sagte, ihren Reichtum an Kunst gern mit allen Gästen teilen.

„Musik aus Wien“ — so führte das österreichische Staatsoberhaupt aus — war die Parole, die bei den Österreich-Tagen der Brüsseler Weltausstellung ihre gewaltige Anziehungskraft ausübte und ihnen den höchsten Glanz verlieh. Ich war Zeuge des Beifallssturmes, der über die Wiener Sänger und die Wiener Philharmoniker nach zwei vollendeten Opernaufführungen hinwegbrauste. Ich habe die Ergreiftheit miterlebt, mit der sich ein aus allen Ländern der Erde zusammengeströmtes internationales Publikum den erhabenen Klängen des Freudenhymnus der Neunten-Symphonie hingab. Es war ein Sieg und ein Triumph der Musikstadt Wien, auf den wir alle stolz sein konnten, eine Friedensbotschaft in der allein verständlichen Sprache der Musik, auf die alle mit gleicher Freude hörten.

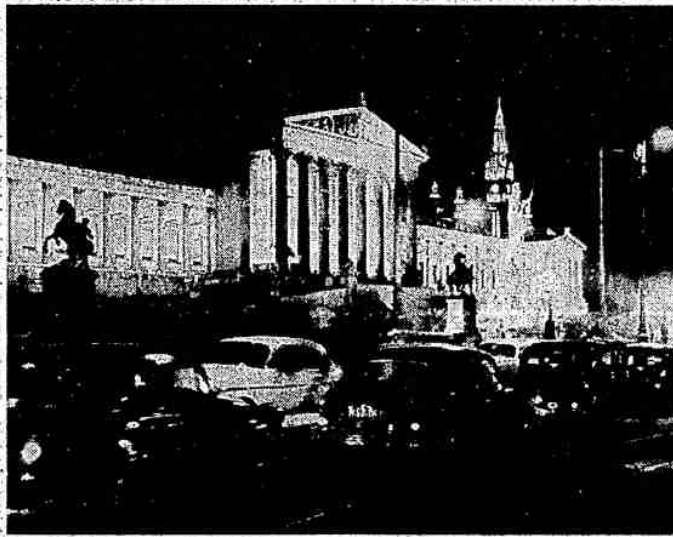
### Musik aus Wien — in Wien

Nun aber stehen wir am Beginn der Festwochen, deren zauberhaftes Motto noch viel stärker lockt, noch viel höhere Genüsse bringen wird. „Musik in Wien“ heißt es diesmal, und auf dem von allen Frühlingsschmelzen geschmückten Boden der Helmat wird österreichische Kunst erst so recht ihre ganze Pracht entfalten können. Waren es in Brüssel nur wenige ausgewählte Kostproben, die solche Begeisterung erweckten, so wartet nun in Wien ein ganzer, verschwenderisch ge-

deckter, abwechslungsreicher Gabentisch auf die von der Bundeshauptstadt zu ihrem schönsten Fest geladenen Gäste.  
Vier Jahrzehnte lang hat Wien unter einer Kette von Schicksalsschlägen leiden müssen, schlimmer als die berühmten sieben Dürren-

Jahre der Bibel. Nun ist die so oft gesagte Stadt in vollem Lebenswillen wieder aufstanden, die Wunden des Krieges sind verheilt, die Früchte harter Arbeit sind zum

(Fortsetzung auf Seite 5)







Die Eröffnung der Wiener Festwochen

(Fortsetzung von Seite 1)

Reifen gelangt. Aber die härteste Zeit ihrer Geschichte hat eine Lehre in den Herzen der Österreicher, der Wiener hinterlassen, eine Lehre, die niemals vergessen werden wird: die Überzeugung, daß die Freiheit das höchste Gut, der Friede das kostbarste Geschenk ist, das einem Volk zuteil werden kann.

In Frieden und Freiheit soll der Wiederaufbau vollendet werden, im Frieden und in der Freiheit kann auch die Kunst wieder zu voller Blüte gedeihen, die österreichische Kunst, die in den nächsten Wochen Wiens unumschränkte Herrscherin sein wird.

Im Herzen Europas

Die Begrüßungsansprache auf dem Rathausplatz hielt, nach dem „Festlichen Auftakt“ von Armin Kaufmann, den die Wiener Symphoniker mit Würde und Anmut musizierten, der Initiator der Festwochen, Stadtrat Mandl. Er gab einen Überblick über die großen Ereignisse der kommenden Wochen und sagte im Hinblick auf die Fülle der Geschehnisse:

Sie alle fügen sich in ein Ganzes und geben der Vielfalt Ausdruck, die auch heuer wieder ihr buntes Kleid über unsere Stadt breitet. Wenn es uns gelingt, die Wiener Festwochen für alle daran Beteiligten, für die Mitwirkenden und für die Gäste, zu einer Insel des Bewahrens der inneren Werte, zu einer Dokumentation unseres friedlichen Willens zu machen, dann ist unsere Mission als Kulturträger im Herzen Europas erfüllt.

Ein kleiner Wiener Kongreß

Bürgermeister Jonas, der nächste Redner, führte aus: Wir Wiener sind immer Optimisten gewesen und wir sind es ganz besonders heute am Vorabend der Festwochen. Europa gibt sich wieder einmal Rendezvous im festlichen Wien. Aber auch bedeutende Staatsmänner Europas versammeln sich hier zu einem kleinen Wiener Kongreß: die „Europäischen Gespräche“, die während der Festwochen abgehalten werden, sind „tatsache so notul“ zu der gleichen europäischen Besinnung sollen uns die Fahnen der künftigen europäischen Völkervereinigung veranlassen. Hier auf dem Rathausplatz grünen sie als ein Zeichen unserer größeren Heimat.

Wir hoffen, daß wir in den letzten Jahren den richtigen Weg gegangen sind, wenn wir uns bemüht haben, Wien zu einer europäischen Stadt zu machen und für ihre europäische Aufgabe vorzubereiten.

Nicht nur eine prachtvolle Fassade

Nach der Ansprache des Wiener Bürgermeisters tanzte das Volkspopballett Händels „Feuerwerksmusik“. Dann ergriß, zum erstenmal bei einer Festwochenöffnung, Unterrichtsminister Dr. Drimmel das Wort. Wir werden, sagte er, in den Darbietungen der Festwochen nicht nur die Repräsentanz sehen, nicht nur die prachtvollen Fassaden zur Schau stellen; wir möchten allen sichtbar machen, daß es ein heimliches, ein künstlerisches Wien gibt, das der Gast der Stadt erleben kann.

Gerade die Wiener Festwochen wollen alle Menschen dieser Stadt erfreuen: Draußen in den Bezirken macht man sich ebenso die Festwochen zu eigen und feiert sie mit, wie in den großen Theatern und Konzertsälen der City. Seit einigen Jahren ist man daran gegangen, hervorragende Ensembles aus dem Ausland hieher nach Wien zu laden. Im Zusammenkommen aller dieser Komponenten wird eine europäische Symphonie geboren.

Keine Rassentrennung im öffentlichen Verkehr von New Orleans

Washington. Ein Bundesbezirksrichter in New Orleans im amerikanischen Südstaat Louisiana hat angeordnet, daß die Rassentrennung in den öffentlichen Verkehrsmitteln von New Orleans ab sofort aufgehoben wird. Richter Wright stützte sich dabei auf eine Entscheidung des Obersten amerikanischen Bundesgerichtes, das in der Revision einer Klage von zwei Negeren stattgab. Die Behörden der Stadt wollen gegen die Verfügung des Bezirksrichters Beschwerde erheben, haben aber der Anordnung Folge geleistet und die Rassentrennung zunächst aufgehoben.

TEXHAGES

bürgt für Qualität u. reichste Auswahl!

Exquisite Bademodelle IN ALLEN FÜHRENDE MARKEN...

BADEMÄNTEL AUCH LUXUSAUSFÜHRUNG...

Wien 7, Neubaugasse 28-30 Linz, Hauptbahnhof

Haselgrubers Glück und Ende

Der Name Johann Haselgruber ist der österreichischen Öffentlichkeit nicht unbekannt. Herr Haselgruber war einer der erfolgreichsten Geschäftsmacher und Nutznießer der Nachkriegszeit, auch einer der intimsten Geschäftsfreunde der Usia. Er kaufte im Westen und lieferte nach dem Osten all das, was dieser für seine Aufrüstung brauchte: Kupfer und Nickel, Schrott und Blei; er importierte legal und exportierte illegal unter dem Schutz der Hoheitszeichen der russischen Besatzungsmacht. Und unter dem gleichen Schutz importierte er Waren, die in den Usia-Läden verkauft wurden. Herr Haselgruber verdiente bei diesen Geschäften viel, sehr viel Geld; solches, um das die Steuerbehörde wußte, und anderes.

Für dieses Geld suchte Herr Haselgruber eine günstige Kapitalanlage. Er entschloß sich, in St. Andrä-Wörtern ein Stahlwerk zu bauen. Als echter Kommuno-Kapitalist hatte er längst schon intime Freundschaft mit gewissen ÖVP-Kreisen geschlossen; ihrer Unterstützung konnte er sicher sein, ob es sich um die Lieferung oder um die Beistellung von Betriebskapital handelte.

Herr Haselgruber fand in der Person des Generaldirektors Benedikt der Girozentrale der Österreichischen Sparkassen einen willigen Geldgeber. Dieses Unternehmen ist das Spitzeninstitut der österreichischen Sparkassen. Wenn eine der vielen hundert Sparkassen überschüssige Gelder hat, legt sie sie bei der Girozentrale ein. Diese ist nach den Statuten berechtigt, Kredite unter den bei Banken üblichen Vorsichtsmaßnahmen und gegen entsprechende Sicherheiten zu gewähren. Es ist notwendig, hier einzuschalten, daß Herr Generaldirektor Benedikt ein prominente Mitglied der ÖVP ist, mit besonders engen Kontakten zur Landesleitung Wien; und daß deren Obmann, Nationalrat Polcar, auch sonst ein Geschäftsfreund des Herrn Haselgruber ist.

Die geschäftlichen Beziehungen zwischen der Girozentrale und Herrn Haselgruber reichen bis in das Jahr 1953 zurück. Die ihm anfangs gewährten Kredite waren geringfügig und gesichert; es gab allerdings schon damals warnende Stimmen gegen eine Verbindung mit Haselgruber. Im Jahr 1955 kam es in den Leitungskörperschaften der Girozentrale, in denen die Vertreter der Sozialisten eine verschwindende Minderheit sind, zu lebhaften Auseinandersetzungen und zu Kampf Abstimmungen über weitere Kreditansuchen Haselgrubers. Die sozialistischen Vertreter stimmten dagegen. In weiterer Folge stellte sich heraus, daß sich Generaldirektor Benedikt an Beschlüsse des Verwaltungsrates und des geschäftsführenden Ausschusses nicht gehalten, daß er weitere Kredite gewährt hat, obwohl die geforderten Bilanzen und Geschäftsberichte von Haselgruber nicht vorgelegt worden waren. So ging das Spiel noch einige Zeit, bis schließlich auch Herr Benedikt nicht mehr imstande war, den Skandal länger zu vertuschen. Als mit Mühe und Not eine, im übrigen höchst fragwürdige Bilanz aufgestellt worden war, zeigte es sich, daß Haselgrubers Stahlwerk reichlich überschuldet, daß es konkursreif ist. Und die Girozentrale ist der größte Gläubiger.

Der Staatsanwalt wird zu entscheiden haben, inwieweit die beiden Hauptschuldigen an diesem Skandal sich strafbar

Handlungen haben zuschulden kommen lassen: Herr Haselgruber durch betrügerische Krida und Herr Benedikt durch Untreue bei der Verwaltung anvertrauter Gelder. Denn daß die Girozentrale kräftig Haare lassen wird, ist so gut wie sicher; und wenn auch die Reserven der Sparkassen zweifellos stark genug sind, um diesen Stoß auszuhalten zu können, so ändert das nichts an der Verantwortlichkeit des unverantwortlich handelnden Generaldirektors.

Für diesen Skandal ist die ÖVP allein verantwortlich. Das Stahlwerk St. Andrä-Wörtern war für sie ein politischer Belang und Haselgruber war ihr Mann: Eine genauere Untersuchung wird zu Tage fördern, welche riesigen Beträge aus den Kassen des Werkes in die einer bestimmten Partei geflossen sind — Beträge, gegen die die Transfinsgelder eine lächerliche Lappalie sind. Es ist auch bekannt, daß der ÖVP, angehörende Sparkassefunktionäre im Verwaltungsrat der Girozentrale wider ihr besseres Wissen und Gewissen von der Parteilichkeit der ÖVP, gezwungen wurden, für Kredite an Haselgruber zu stimmen. Über all das wird noch manches zu sagen sein.

Zwei Fragen drängen sich auf: Was geschieht mit dem Stahlwerk und welche Folgen ergeben sich für die Girozentrale? Zwei Dinge sind selbstverständlich: Daß der Herr Benedikt unverzüglich aus der Girozentrale verschwindet, und daß in diesem wichtigen Kreditinstitut mit einem eisernen Besen Ordnung gemacht wird. Im Gegensatz zu allen übrigen großen Kreditinstituten haben die Sozialisten auf die Gebarung der Girozentrale praktisch keinen Einfluß. Man sieht, wohin das geführt hat. Ein Unternehmen wie die Girozentrale, von dem man als selbstverständlich voraussetzt, daß es die ihm anvertrauten Gelder mit der peinlichsten Sorgfalt betreut, darf nicht allein von Seite einer Partei verwaltet werden, die sich dafür als höchst ungeeignet erwiesen haben. Die Girozentrale muß einen Leitungs- und Kontrollapparat erhalten, der einen zweiten Fall Haselgruber unmöglich macht.

Das Schicksal des Stahlwerkes mit seinen 1300 Beschäftigten liegt allen Verantwortlichen am Herzen; und der Appell der Metallarbeitergewerkschaft an die Regierung, zu helfen, ist begründet und berechtigt. Eines soll jedoch richtiggestellt werden: Die Betriebsstilllegung ist nicht die Folge der Weigerung der Finanziere, weitere Kredite zu gewähren, ebensowenig wie sie eine Folge der berechtigten Forderung der Arbeiterschaft des Werkes ist. Sie ist ausschließlich die Schuld der unverantwortlichen Gebarung des Herrn Haselgruber und seiner politischen Hintermänner. In dieses Faß ohne Boden noch weitere Millionen hineinzuipulvern, wäre durch nichts zu entschuldigen. Daher muß auch der aus ÖVP-Kreisen stammende Vorschlag, das bankrotte Unternehmen mit Geldern der verstaatlichten Banken zu sanieren, entschieden abgelehnt werden.

Natürlich muß auf jeden Fall Herr Haselgruber aus dem Unternehmen verschwinden, wenn es saniert werden soll. Die Verhandlungen über die Zukunft des Werkes werden Anfang der Woche wieder aufgenommen werden. Im Interesse der Belegschaft ist zu wünschen, daß sie möglichst rasch ein positives Ergebnis bringen. Die Schuldigen aber müssen rückstandslos zur Verantwortung gezogen werden.

K. A.

Gerechte Löhne für die Landarbeit

Gleiches Recht für alle, die auf dem Lande arbeiten

Die Ländereinkommen liegen um 30 bis 40 Prozent unter den durchschnittlichen Industriearbeiterlöhnen. Es kann den Landarbeitern nicht länger zugemutet werden, ihre Arbeitskraft um einen solchen Lohn herzugeben. Die vollmechanisierten Großbetriebe, die seit 1950 die Zahl ihrer Arbeiter um 42 Prozent verringert haben, sind in der Lage, Industrielöhne zu bezahlen.

Diese Feststellungen werden in einer Resolution gemacht, die dieser Tage vom Zentralvorstand der Gewerkschaft der Arbeiter in der Land- und Forstwirtschaft beschlossen wurde. In der gleichen Resolution wird erklärt, daß die Landarbeiter gezwungen sein werden, für die Verbesserung ihres Lohnkommens zu kämpfen, falls in den kommenden Verhandlungen die entsprechende Einsicht bei den Arbeitgeber fehlt.

Das neue Mutterschutzgesetz ist infolge der unhaltbaren Kompetenzverteilung zwischen dem Bund und den

Advertisement for Weltmilchtag 1958 6. JUNI

Ländern in der Landwirtschaft noch immer nicht durchgeführt. Der Zentralvorstand ersucht die Parteien des Nationalrates, das Landarbeitsrecht in die Kompetenz des Bundes zu übertragen um die sozialrechtliche Gleichstellung der Land- und Forstarbeiter herbeizuführen.

Wenn für das Landwirtschaftsgesetz die Bundeskompetenz in Anspruch genommen wird, kann dies wohl auch beim Sozialrecht der Landarbeiter geschehen.

Im Entwurf des Landwirtschaftsgesetzes ist wohl eine weitgehende Existenzsicherung für die landwirtschaftlichen Unternehmer, jedoch keine für die Landarbeiter vorgesehen. Die Parteien werden ersucht, dafür zu sorgen, daß auch ein wirklicher Existenzschutz für die Landarbeiter in das Gesetz aufgenommen wird.

Advertisement for WIENERBERGER ECHTE KERAMISCHE FLIESEN

Advertisement for PALMERS Strumpfwaren, featuring a crown logo and the text 'nahlos-superfein'.

Aus der Republik

Anerkennung für Österreich

Der Generaldirektor der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO), Sen, äußerte sich Samstag in Graz vor seiner Rückreise nach Rom sehr anerkennend über seine Eindrücke in Österreich. Er erklärte, daß Österreich auch in Zukunft eine starke Position in der FAO, und in anderen internationalen Organisationen einnehmen wird.

Pawlenko bei Schärf und Pittermann

Der in Österreich zur Besichtigung von Energieanlagen weilende Minister für Kraftwerke der Sowjetunion, Pawlenko, wurde Samstag von Verkehrsminister Diplomingenieur Waldbrunner Vizekanzler Doktor Pittermann vorgelassen und hierauf vom Bundespräsidenten Dr. Schärf empfangen.

Aus der Wirtschaft

Dampfkraftwerke sollen die Lücke schließen

Obwohl das Bauprogramm der österreichischen Energiewirtschaft 1957 nicht nur vollkommen erfüllt wird, sondern sogar einige Bauten vor den festgesetzten Terminen fertig wurden, wird der Elektrizitätsbedarf kommender Jahre nur schwer gedeckt werden können.

Auf diese schon oft besprochene Tatsache weist eine vom Verkehrsministerium herausgegebene illustrierte Broschüre, „Österreichs Energiebauten 1957/58“ neuerlich hin. Soll es zwischen 1960 und 1962 nicht ein Stromdefizit geben, muß der Bau von Dampfkraftwerken vorübergehend forciert werden, da diese schneller fertig werden als Wasserkraftwerke. Ein interessantes Projekt ist das der Errichtung eines Erdgaskraftwerkes bei Korneuburg mit einer Leistung von 150.000 Kilowatt. Wie sehr dies ins Gewicht fiele, geht daraus hervor, daß der gesamte Leistungszuwachs der österreichischen Energiewirtschaft 1957 150.000 Kilowatt betrug, mit denen im Jahr 774 Millionen Kilowattstunden Strom erzeugt werden. Für 1958 wird ein Zuwachs von 343.000 Kilowatt (1436 Millionen Kilowattstunden) angenommen.

Über die Bauvorhaben des Jahres 1958 gibt diese umfangreiche Tabelle Auskunft, die beweist, wieviel trotz der finanziellen Bedrangung geleistet wird. Über größere geplante Bauten wird im einzelnen im zweiten Teil der Broschüre berichtet.

Spareinlagen — hauptsächlich kurzfristig

Aus den soeben erschienenen monatlichen Mitteilungen der Nationalbank geht hervor, daß die Spareinlagen in Österreich im ersten Quartal 1958 um 1,8 Milliarden Schilling gewachsen sind. Innerhalb Jahresfrist nahmen die Einlagen um 5 Milliarden zu. Bemerkenswert ist, daß 85 Prozent der Einlagen mit der kürzesten Kündigungsfrist deponiert sind. Die Sparer wollen sich nicht auf längere Zeit binden, sondern die Möglichkeit haben, rasch über ihr Geld verfügen zu können.

Advertisement for elektrohansa featuring an illustration of a woman and the text 'Waiii... das gibt's Sachen'.

elektrohansa „OLYMPIA“

Stahlschrank, Modell 1958 Monatsrate nur 5 100,— zinsentfrei nur bei

ELEKTROHANS A Wien 1, Wipplingerstraße 31